

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 217.

Montag, 18. September 1899, Abends.

52. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch andere Träger per Post 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Kannahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Zanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Zakantienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Von Montag, dem 18. September d. J. ab befinden sich die Geschäftsräume des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts in dem neuen Gerichtsgebäude, Albertstraße No. 4.

Riesa, am 12. September 1899.

Königliches Amtsgericht.
Seldner.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbiten uns bis spätestens Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebetages.

Die Geschäftsstelle.

Deutschland auf der Pariser Welt-Ausstellung.

Die Bestrebungen, einen Boycott der Pariser Weltausstellung herbeizuführen, können als aufgegeben betrachtet werden. Wie man berichtet, gaben von den gegenwärtig in Paris weilenden fremdländischen Ausstellungskommissaren einige dem Generaldirector Picard bereits vollkommen beruhigende Versicherungen. Die Beschickung der Ausstellung dürfte in dem von Anfang an bestimmten Umfange gesichert bleiben. Da erscheint denn ein Bericht so recht zur Zeit, den der deutsche Commissar für die Ausstellung, Geh. Rath Richter, im Pariser „Figaro“ veröffentlicht. Wir geben daraus das Wesentlichste wieder.

Die deutsche Kunstausstellung wird von der Allgemeinen deutschen Künstlergenossenschaft organisiert, und zwar hat Professor Anton von Werner die Verwaltung Angelegenheiten übernommen. Beide Richtungen, die alte wie die neue werden vertreten sein.

In Gruppe 3 wird Deutschland durch eine Sammel-Ausstellung vertreten sein, die das gesammte Gebiet der Lyrit und der feinen Musikinstrumente umfaßt. Sie wird nach wissenschaftlichen Grundsätzen geordnet und soll auch die historischen Instrumente enthalten. Musikinstrumente werden wegen Raummangels nur in Meißnerstücken der hervorragendsten Firmen vertreten sein.

Die Maschinen werden je nach ihrer Bestimmung in verschiedenen Gruppen auftreten und einen erheblichen Theil der deutschen Ausstellung bilden. Hier der größten deutschen Electricitätswerke werden einen großen Theil des erforderlichen Lichts und der Kraft für die gesammte Ausstellung liefern, und zwar Siemens & Halske (Berlin) und Schuckert (Nürnberg) durch Aufstellung je einer Dynamomaschine von 2000 Pferdekraften, „Helios“ (Köln) durch Errichtung einer solchen von 1900 und Lahmeyer (Frankfurt a. M.) durch Vergabe einer Maschine von 1400 Pferdekraften (im Ganzen hat Deutschland also die Kraft von 7300 Pferden zu liefern übernommen.) An diese Dynamos sind Dampfmaschinen aus Berlin (Vortig), Augsburg und Nürnberg angeschlossen. Ein Kran der Firma Hoyer in Berlin, der 25 Tonnen 12,50 Meter hoch und in einem Umkreise von 26 Meter heben kann, wird zur Montage der Maschinen in der Hauptgalerie der Avenue de Suffren dienen.

Das deutsche Eisenbahn-, Wagon- und Locomotivmaterial (Gruppe 6) wird in Vincennes zur Ausstellung gelangen. Die Schiffahrtsgesellschaften dagegen werden im eigenen, am Seineufer erbauten Pavillon ausstellen.

Gruppe 7 und 10 umfassen die Landwirtschaft. Deutschland wird landwirtschaftliche Maschinen und Producte ausstellen. U. A. sollen 100 Pferde aus schleswig-holsteinischen, hannoverschen, oldenburgischen, rheinischen und ostpreussischen Gestüthen ausgestellt werden, ebenso Musterepemplare von Lachsen und Schweinen. Die Nahrungsmittel sollen eine Collectivausstellung bilden. Die Producte des deutschen Weinbaues werden im Erdgeschosse des „Deutschen Hauses“ Platz finden, worin natürlich eine elegant eingerichtete Probierstube nicht fehlen wird.

Das deutsche Kunstgewerbe verspricht in allen seinen Zweigen seine glänzende Vertretung. Die Werkstätten von Hanau, Pforzheim und Schwäbisch-Gmünd planen eine Gesamtausstellung. Die preussischen und Meißener Porzellan-Manufacturen werden ebenfalls ausstellen; ferner Möbel-fabrikanten aus Berlin und Köln. Ein besonderer Anziehungspunkt soll eine vollständige Spielwaren-Ausstellung von Nürnberger und Sonneberger Erzeugnissen werden. Der deutsche Kaiser und der Großherzog von Baden haben die

Ausstellung der für die Schlösser neu angefertigten Möbel angeordnet. Die Krefelder Seiden- und Plauerer Spitzen-Industrie werden ihre Erzeugnisse in Collectiv-Ausstellungen zur Vorführung bringen.

Die deutsche chemische Industrie, die der „Figaro“ als „unbeschränkte Herrscherin auf ihrem Gebiete“ bezeichnet, wird in nicht weniger als sechs Gruppen und mit einem Laboratorium vorhanden sein.

In der Abtheilung für Gesundheitspflege sollen die Arbeiten und Ergebnisse des deutschen Reichsgesundheitsamtes und die Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes durch Tabellen veranschaulicht werden. Auch das Feuerlösch- und Rettungswesen, sowie die Arbeiterwohnungsfrage werden, und zwar in Vincennes, vertreten sein.

Das ist fürwahr eine umfassende und würdige Vertretung deutschen Kunst- und Gewerbestandes!

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kaiser während seines Aufenthaltes in Stuttgart eine Deputation der schwäbischen Tempelkolonie Palästinas empfangen. Der Redner der Deputation trug dem Kaiser im Interesse der Tempelgesellschaft folgende Wünsche vor: Es möge in einer Gesandtschaft dafür Sorge getragen werden, daß der großen Anzahl von Kolonisten, welche durch freiwilligen Verzicht seinerzeit das deutsche Staatsbürgerrecht verloren, die Möglichkeit gegeben werde, es wieder zu erlangen. Sodann mögen der Centralasse des Tempels die Rechte einer juristischen Person verliehen werden, und zum Schluß hat Dr. Hoffmann noch um die Gewährung von Reichsmitteln zur Errichtung einer höheren Schule in Jerusalem. Der Kaiser gab seiner Billigung dieser Wünsche Ausdruck.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: „Pariser Blätter colportieren angebliche Aeußerungen des Kaisers gegenüber dem Kronprinzen von Griechenland, nach denen der Kaiser dem Kronprinzen von Griechenland für die Bestätigung und Verwendung seines Heeres und seiner Flotte im Hinblick auf einen künftigen Krieg mit der Türkei bestimmte Rathschläge erteilt hätte. Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß diese dem Kaiser in den Mund gelegten Aeußerungen auf Erfindung beruhen. Die Tendenz derartiger Erfindungen ist übrigens zu offensichtlich.“

Vorsichtsmaßregeln für die persönliche Sicherheit des Kaisers sind diesmal im Elsaß, in Württemberg und Baden sehr ausgiebig getroffen worden. Ehe der Kaiser in Stuttgart ankam, wurde, so erzählt die „N. A.“, ein dortiger Glasermeister beauftragt, sämtliche Kellerfenster und -Läden des Residenzschlosses, in dem der Kaiser wohnte, zugunageln. Ferner wurde der Stuttgarter Bahnhof bei der Ankunft und bei der Abreise des Kaisers je auf mehrere Stunden für das Publikum gesperrt. Von einem einzigen der vier Bahnhöfe, der einen Seitenzugang hat, wurden während dieser Zeit Züge abgelassen. Der übrige Verkehr stockte. Bei der Abreise war die ganze Linie Stuttgart-Karlsruhe mit Landjägern besetzt.

Eine neue Kriegserklärung gegen den Bund der Landwirthe bringt die „N. A. Z.“; sie schreibt: Wenn die „Köln. Ztg.“ mit Bezug auf zitierte recht scharfe gegen die Regierung gerichtete Sätze der „Bundescorrespondenz“ bereits früher bemerkt habe, daß ein politischer Beamter nicht inmitten einer Bewegung verharren dürfe, deren officielles Organ einen solchen Ton gegen die Regierung anschlägt, so können wir dem nur beipflichten. Daß politische Beamte einer Vereinigung nicht angehören können, deren leitendes Organ eine derartige Auffassung gegenüber der Staats-

regierung in einer programmatischen Erklärung behandelte, wird von allen objectiv Urtheilenden als selbstverständlich angesehen werden.

Oesterreich. Die tschechischen Landtags- und Reichsraths-Abgeordneten traten am Sonnabend in Prag zum Zweck der Verathung der politischen Lage zusammen und nahmen eine Resolution an, welche besagt, daß die Abgeordneten festhalten an dem staatsrechtlichen, nationalen und politischen Programm des tschechischen Volkes und absolute sprachliche Gleichberechtigung in den böhmischen Ländern verlangen. Die Durchführung dieses Programms bedeute neben der Zufriedenstellung des tschechischen Volkes auch die sichere Gewähr für die Erhaltung der Einheit und Macht der Monarchie, welche durch die großdeutsche Agitation gefährdet werde. Die tschechischen Abgeordneten erklären sich bereit, zur Sanirung der schweren Uebel im Staatsorganismus hilfreiche Hand zu bieten, vorausgesetzt, daß nichts unternommen werde, wodurch die Rechte des tschechischen Volkes geschmälert würden. Mittel zur Sanirung seien: Umwandlung des Kabinetts in eine auf parlamentarische und autonomistische Majorität sich stützende Regierung, die Wiederherstellung konstitutioneller Zustände auf der Grundlage nationaler und bürgerlicher Gleichheit hinsichtlich der Erweiterung der Autonomie in Verwaltung und Gesetzgebung. Die tschechischen Abgeordneten bekunden wie früher so auch heute die Geneigtheit zu einem Versuche, die nationalen und sprachlichen Streitpunkte zu beseitigen, weisen jedoch jede auf Verkürzung der politischen und sprachlichen Gleichberechtigung des tschechischen Volkes oder auf Einführung des Deutschen als Staatsprache hinauslaufende Tendenz zurück, erblicken in dem Versuche, die ungesetzliche Obstruktion zu befriedigen, ein Zurückweichen der Regierungsmacht und verlangen nachdrücklich, daß die Regierung durch die strikte Wahrung des Rechtes aller Nationalitäten der großdeutschen Agitation eine Grenze setze. Die Resolution weist hin auf den Adressentwurf der Reichstagen, und betont, daß auf diesem Wege eine gerechte Entwicklung (?) der öffentlichen Verhältnisse möglich sei. Schließlich behalten sich die tschechischen Abgeordneten ein weiteres Vorgehen nach Maßgabe der Weiterentwicklung der politischen Lage vor.

Italien. Der meist gut unterrichtete römische Correspondent der „Daily News“ will aus allerzuverlässigster Quelle wissen, daß das amtlich in Abrede gestellte Unwohlsein des Papstes thatsächlich und sehr ernst ist. Der Papst soll durch den schnellen Witterungswechsel schwer erkrankt und so schwach sein, daß er nicht mehr sprechen kann. Alle Audienzen und Functionen, die der Papst sonst persönlich leitete, sind vertagt. Dr. Saponi, der bekannte Leibarzt des Papstes, soll sich sehr besorgt über den Zustand seines hohen Patienten geäußert haben.

Frankreich. Die Lage in Frankreich ist noch immer ziemlich verworren. Dem Ratine zufolge beschäftigte man sich in einer Conferenz radicaler und sozialistischer Deputirter mit dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau auch mit der Bewegung zum Zwecke einer sofortigen Einberufung der Kammern; es soll sich jedoch aus den Besprechungen ergeben haben, daß diese Bewegung keine Aussicht auf Erfolg hat. Bezüglich der Dreyfus-Angelegenheit zeigte sich der Ministerpräsident, wie das Blatt weiter meldet, sehr reservirt; die Deputirten hatten aber den Eindruck, daß die Begnadigung Dreyfus' bald erfolgen werde. Waldeck-Rousseau theilte ferner mit, daß unverzüglich gegen die Insassen des Hauses in der Rue Chabrol Maßregeln ergriffen werden sollen. — Der Figaro stellt fest, daß die Bewegung zu Gunsten der Begnadigung von Dreyfus anhält. In der Provinz hätten sich in verschiedenen militärischen Hauptplätzen zahlreiche Offiziere ganz offen für die Begnadigung ausgesprochen, durch die ihrer Ansicht nach eine allgemeine Beruhigung herbeigeführt werden würde.